

## **Industrie im Fokus der Frankfurter Wirtschaftspolitik**

Die branchen- und größenmäßig diversifizierte Frankfurter Industrie ist das herausragende Arbeitsmarktzentrum der gesamten Region Rhein-Main. Ihre hohe Produktivität im Vergleich zur Bruttowertschöpfung der anderen deutschen Großstädte führt im Ergebnis dazu, dass das Gewerbesteueraufkommen der 100 größten Gewerbesteuerzahler in Frankfurt am Main im Jahre 2013 mit 287 Mio EURO leicht über dem der Banken (286 Mio EURO) lag. Frankfurt hat auch die höchste Arbeitsplatzdichte aller deutschen Großstädte, so dass die Anziehungskraft der Stadt auf lange Sicht zu einer erhöhten Nachfrage nach Wohnraum bzw. Wohnimmobilien führt.

Vorausschauende Industriepolitik bedeutet daher, im Wettbewerb mit der Immobilienwirtschaft dem verarbeitenden Gewerbe die zur Standortfestigung und -entwicklung erforderlichen Flächen langfristig zu sichern!

### **Masterplan Industrie**

Die Industrie bietet im Stadtgebiet Arbeitsplätze für rund 70.000 Beschäftigte, in der Region Rhein-Main sogar für fast 600.000 Menschen unterschiedlichster Qualifikation. Der vom Wirtschaftsdezernenten Markus Frank im Jahre 2011 initiierte Frankfurter Industrieabend ist der zentrale jährliche Dialog zwischen der Stadt Frankfurt und der IHK Frankfurt mit dem produzierenden Gewerbe und bringt die Wertschätzung der Stadt zum Ausdruck. Die Branche nutzt ihrerseits die Gelegenheit zur Darstellung ihrer Ziele und Bedürfnisse. „Die Industrie braucht Fachkräfte und Fachkräfte brauchen Wohnraum. Aber die Industrie braucht auch Flächen“, bewertet IHK-Präsident Prof. Dr. Mathias Müller den aktuellen Sachstand bei der Eröffnung des Industrieabends 2013 im Kaisersaal des Römers.

Der Masterplan Industrie soll nun Antworten darauf bringen, wie sich die berechtigten Interessen der Bevölkerung mit denen der Industriebetriebe vereinbaren lassen. Er stellt das integrierende Projekt zur Weiterentwicklung des Industriestandortes dar. Hier erarbeitet die Wirtschaftsförderung Frankfurt eine langfristige Strategie, industriepolitische Handlungsfelder (regionale Kooperation, Planung, Flächenmanagement, Infrastruktur, Energie, Behördenservice u.a.) und entspr. Maßnahmen. Die Wirtschaftsförderung wird durch einen „hochkarätig“ besetzten Beirat Industrie unterstützt, der aus Mitgliedern Frankfurter Industrieunternehmen, der Vereinigung der hessischen Unternehmensverbände (VhU), dem DGB, der IG Metall, der IG BCE, der IHK Frankfurt, der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, dem Stadtplanungsamt, dem Regionalverband FrankfurtRheinMain, der Goethe-Universität und der Proxadis-Hochschule besteht. Der Masterplan Industrie wird in mehreren Schritten erarbeitet. So wurde die Industriestudie (Entwicklungspotenzialanalyse) „Frankfurt am Main 2013“ der Goethe-Universität Ende November 2013 präsentiert. Sie stellt auf der Basis von schriftlich-persönlichen Befragungen den industriepolitischen Handlungsbedarf dar. Interessanterweise sieht die als „Potenzielle Abwanderer“ charakterisierte Gruppe befragter Unternehmen die

Höhe der Gewerbesteuer als besonders problematisch an, die Gruppe der „Standortverunsicherten“ sieht hier den zweithöchsten Handlungsbedarf. Dies bestätigt die von der CDU-Fraktion im Römer unnachgiebig vertretene Position, die in der vergangenen Wahlperiode durchgesetzte Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes entgegen den Vorstellungen der politischen Konkurrenz **nicht** wieder **rückgängig** zu machen!

Vor dem Hintergrund der oben geschilderten Ausgangslage ist ferner nicht verwunderlich, dass die Verfügbarkeit von Expansionsflächen für eingesessene Betriebe als höchst problematisch eingestuft wird; entsprechendes gilt für die als Umweltkonflikt wahrgenommene Flächenkonkurrenz mit der Wohnnutzung.

### **Bestandgarantie für den Frankfurter Osthafen – ein Erfolg der CDU-Wirtschaftspolitik**

Das im Rahmen des Masterplan Industrie am 1. November 2013 beschlossene Konzept zur Sicherung des Osthafens 2050 + ermöglicht nunmehr langfristige Investitionen der dort ansässigen Industrie- und Gewerbebetriebe im Bereich des Osthafens 1 (Unterhafen) durch die Verlängerung der Pachtverträge bis über das Jahr 2050 hinaus. Die im Osthafen ansässigen Betriebe – derzeit 110 Unternehmen - generieren eine Bruttowertschöpfung von ca. 1,2 Mrd. EURO. Von hier gehen wichtige Impulse auch für den regionalen Arbeitsmarkt aus. Im Jahre 2007 wurden im Bereich des Osthafens 7710 direkte und 6311 indirekte Beschäftigte ermittelt. Bis zum Jahr 2015 wird nach nunmehr gewährter Standortsicherheit - keine Wohnbebauung im Unterhafen! - mit einer Steigerung von jeweils um die 16% gerechnet. Die Steuereinnahmen für die öffentlichen Haushalte durch die Hafenaktivitäten liegen derzeit nach aktueller Schätzung zwischen 120 und 130 Mio. EURO/Jahr. Hinzuweisen ist auch auf die für die Ziele der schwarz-grünen Koalition wichtige ökologische, umweltfreundliche Ausrichtung des Frankfurter Osthafens als trimodaler Verkehrsträger (Wasser, Schiene, Straße). Langfristig wird die Logistikbranche in Folge steigender Energiepreise auf multimodale Konzepte für den Fernverkehr umstellen. **Die Rahmenbedingungen für die Infrastruktur der Zukunft sind jetzt zu schaffen!**

### **Verbundeffekt von Industrie und Dienstleistungen**

Neben der Logistikbranche leistet die IT-/Telekommunikationsbranche einen wichtigen Beitrag für die Positionierung lokaler Unternehmen in der globalen Wertschöpfungskette. Die Rechenzentrumsbranche ist in Frankfurt derzeit einer der wachstumsstärksten Wirtschaftszweige. Die Umstellung analoger Strukturen und Systeme auf digitale ist in vollem Gang, mit den wachsenden Anforderungen an die Effizienz wachsen aber auch die Belastungen für die Umwelt und Fläche. Die Geschwindigkeit des Umstellungs- und Ausbauprozesses wird vom Ausland vorgegeben: neben Asien auch von Luxemburg, Australien, Dublin, Basel. Hier wird die Breitbandkabelstromversorgung in jedes neue Gewerbegebiet verlegt – eine Forderung, die der Digital Hub Frankfurt RheinMain auch für Frankfurt erhebt. Frankfurt hält noch die Spitzenposition in der Entwicklung der digitalen Wirtschaft und

ist das europäische Zentrum für Internetdienstleistungen, weil die Standortqualität noch stimmt. Dafür ausschlaggebend ist die Stromversorgungszuverlässigkeit. Um die Stromausfallzeiten stabil niedrig zu halten, ist – in Sichtweite der Belastungsgrenze – der Netzum- und ausbau unausweichlich. Das Vorhandensein eines leistungsfähigen Breitbandnetzes rangiert an der Spitze der Standortqualitäten. Gleichzeitig stellt der Flächen- und Strombedarf dieser Infrastrukturbranche eine erhebliche Herausforderung an die begrenzten Flächenressourcen und die Klimaziele der Stadt dar.

Die CDU-Fraktion hat daher, gemeinsam mit dem Koalitionspartner, mit dem Antrag Nr.454/12 den Magistrat gebeten,

1. Maßnahmen zu entwickeln, mit denen die herausragende Stellung Frankfurts im Bereich der digitalen Infrastruktur im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes weiter gestärkt werden kann,
2. eine Flächenbedarfsanalyse und mittelfristige Wachstumsprognose mit den Unternehmen der Branche zu erarbeiten,
3. alle Anstrengungen für maximale Energieeffizienz der digitalen Infrastrukturunternehmen und Rechenzentren zu unternehmen, z.B. durch Wettbewerbe, Zusammenarbeit mit den brancheaffinen Klimatechnikunternehmen, dem Energiereferat, den Hochschulen und anderen Unternehmen in räumlicher Nähe, die beispielsweise Abnehmer der produzierten Wärme werden könnten.

Auf das Ergebnis darf man gespannt sein!

Christiane Loizides

Wirtschaftspolitische Sprecherin  
der CDU-Fraktion im Römer